



Aktuelle Aspekte russischer Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Januar 2016

Zusammenfassung

Am 20. Dezember 2015 kritisierte der russische Präsident Waldimir Putin in einem Interview mit der staatlichen Medienholding WGTRK den Westen, der sich in Ländern, die nicht unter demokratischen Standards fallen, wie ein Elefant im Porzellanladen verhalte. Er solle „nicht die Staatlichkeit zerstören“, sondern Softpower einsetzen. Nach Meinung russischer Analytiker habe Putin damit nicht Russland gemeint. Das Mitglied des russischen „Rats für Außen- und Sicherheitspolitik“, Dmitrij Trenin, hielt in einem Aufsatz in der Tageszeitung *Wedomosti* am 9. Dezember 2015 den russisch-amerikanischen Konflikt für prinzipiell. Hinzu kommt die gegenseitige Entfremdung vom wichtigen Teil Europas. Zudem bekam Russland an seiner Grenze die langfristig feindlich gesinnte Ukraine. All das ist der Preis für die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne. Mit seinem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politökonomischen System wird Russland den Konkurrenzkampf verlieren. Um dieses zu ändern, ist eine Umformierung der herrschenden Elite erforderlich. Wenn der politische Wille dazu nicht reicht, kann eine scharfe außenpolitische Krise – wie vor hundert Jahren unter Zar Nikolaus II. – nicht nur den Einsturz des Systems provozieren, sondern des Landes. Am 28. Dezember 2015 prognostizierte der ehemalige Wirtschaftsminister Alexej Kudrin – im Gegensatz zu Putin – dass Russland die Talsohle noch nicht durchschritten habe. Der Grund dafür seien das Fehlen von Wachstumsfaktoren und die Unwilligkeit der Regierung, Reformen durchzuführen. Am 3. Dezember 2015 gab Putin vor der Föderalversammlung seinen jährlichen Bericht zur Lage der Nation. Er machte einige Vorschläge zur Rechtspolitik, kündigte mehrere Schlüsselentwicklungen in der Wirtschaft an und schlug ein spezielles Programm zur Unterstützung von NGOs in kleinen Städten und Dörfern vor.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Innenpolitische Konturen der russischen Außenpolitik

Am 20. Dezember 2015 gab der russische Präsident Wladimir Putin dem russischen Journalisten Wadim Solowjow von der Medienholding WGTRK (russ. Abkürzung für „Allrussische staatliche Fernseh- und Radiogesellschaft“), zu der u.a. die Fernsehkanäle Rossija und Rossija24, der Radiosender Rossija und Internetzeitungen gehören, ein Interview, das im Rahmen der filmischen Dokumentation „Miroporjadok“ („Weltordnung“) erfolgte.¹ In dem anderthalbstündigen Dokumentarfilm, der eine Tour d’Horizon durch die Weltpolitik der letzten Jahrzehnte ist, waren immer wieder Teilinterviews mit Putin eingefügt. Einige Kommentatoren meinen, dass Putin seine Zuflucht zur Geopolitik nimmt, um den Problemen der Wirtschaftspolitik zu entgehen, denn diese erfordern eine Diskussion der Wirtschaftsverhältnisse, die sich in Russland verschlechtern. In der Geopolitik kann Putin auf internationale Konfliktlinien verweisen, die Russland aufgezwungen werden, und trotzdem präsentiert sich das Land als Partner.

Putin führte u.a. aus, dass der Westen nicht auf die russischen Warnungen höre und sein Demokratiemodell „in automatischer und mechanischer Weise“ auf andere Staaten übertrage. Putin riet den westlichen Partnern für ihre Politik in Ländern, die nicht unter demokratische Standards fallen, nicht die Staatlichkeit zu zerstören, sondern Softpower einzusetzen. „Helft finanziell, informationell oder politisch, aber nicht wie ein Elefant im Porzellanladen. Es ist nicht notwendig, die gesamte Staatlichkeit zu zerstören. Helft, wenn ihr meint, das Volk habe etwas Besseres verdient als das Staatssystem, in dem es lebt. Helft den Bürgern dieses Landes, die bereit sind, von innen heraus für Ideale zu kämpfen, mit denen sie übereinstimmen.“

Die Zeitung *Nesawissimaja gaseta* („Unabhängige Zeitung“) fragte am 22. Dezember unter der Überschrift „Putin sucht Kompromiss mit dem Westen: Der Präsident lässt ausländische Softpower in der Einflusszone der Russischen Föderation zu“, ob Putins Rezept universal gilt.² Das würde ja bedeuten, dass es auch auf Russland anwendbar wäre.

Der Präsident der ältesten unabhängigen Moskauer Denkfabrik, des „Zentrums für Polittechnologie“, Igor Bunin, stellte in diesem Zusammenhang fest, dass die Schicksale von Gaddhafi und Saddam auf Putin einen Eindruck hinterlassen haben. Dies solle Assad nicht passieren. Putin unterscheide zwischen den Entwicklungen im Nahen Osten und den Handlungen des Westens im russischen Einflussbereich. Wenn der Westen sich mit aller Macht auf Diktatoren stütze, so gehe das laut Putin nicht. Eine andere Frage sei es, ob Russland Softpower nutze. Moskau verfüge schlicht über keine Softpower, sonst wäre der Konflikt mit der Ukraine nicht passiert.

Der Politologe Nikolaj Petrow, der dem Wissenschaftlichen Rat der Moskauer Vertretung des Carnegie-Zentrums angehört und an der Staatlichen Universität-Hochschule für Wirtschaft lehrt, unterscheidet ebenfalls zwischen dem Einsatz von Softpower in anderen Ländern und in Russland. Putin habe mit seiner Aussage kein Zugeständnis gemacht, sondern dem Westen nur eine Variante zur Verbesserung der Beziehungen und zum In-Ordnung-Bringen der Partnerschaft geboten. Wenn der Kreml nicht gegen ausländische NGOs, Massenmedien und Oppositionsparteien ist, das bedeute nicht, dass man in Russland das Gleiche zulassen werde.

Der ehemalige Polittechnologe Putins Gleb Pawlowskij, der 2011 in Ungnade gefallen war, weil er öffentlich für eine zweite Präsidentschaft Dmitrij Medwedews plädierte, analysiert, dass es ein „interessantes Paradoxon“

¹ <https://www.youtube.com/watch?v=ZNhYzYUo42g>

² http://www.ng.ru/politics/2015-12-22/1_putin.html



wäre, wenn Putin gemeint hätte, auch in Russland solle man Softpower ausprobieren. Das würde bedeuten, dass der Fortschritt in der Gesellschaft in Russland vom Einfluss von außen abhängt, was sehr primitiv wäre.

Dmitrij Trenin, Mitglied des russischen „Rats für Außen- und Sicherheitspolitik“ und Direktor des Moskauer Carnegie-Zentrums, untersuchte am 9. Dezember 2015 in der Zeitung *Wedomosti* die „inneren Konturen der Außenpolitik“ in Russland und entwickelte einen Plan, wie das Land aus der Situation herauskommen kann, in der es sich derzeit zeigt.³

Der russisch-amerikanische politische Konflikt erweist sich als prinzipiell. In ihm gab es Perioden der Entspannung, bestanden Elemente der Zusammenarbeit, aber Möglichkeiten für einen strategischen Kompromiss zeigten sich nicht. Darüber hinaus begab sich Russland in die Spur der gegenseitigen Entfremdung vom wichtigen Teil Europas, und es bekam an seiner Grenze die feindlich gestimmte Ukraine. Diese Feindschaft trägt langfristigen Charakter und dient überdies als Grundlage für die Formierung der gegenwärtigen ukrainischen politischen Nation. Und schließlich wurde Russland in den Kampf verschiedener Interessen im Nahen und Mittleren Osten hineingezogen. All das ist der Preis für die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne nach 25-jähriger Abwesenheit.

Es ist notwendig, dass Russland die inneren Konturen seiner Außenpolitik, die Prioritäten seiner innenpolitischen Entwicklung wirklich versteht, nicht nur für seine internationalen Perspektiven, sondern auch für seine Zukunft. Mit seinem gegenwärtigen wirtschaftlichen und politökonomischen System wird Russland letztlich den Konkurrenzkampf verlieren, mit allen schweren Folgen einer solchen Niederlage.

Der gegenwärtige Gegensatz zu den USA kann als eine moderne Variante zum Ersten Weltkrieg verstanden werden, der zum Kollaps des alten imperialen Russland führte. Damals stand die Politik im Mittelpunkt, diesmal ist es die Wirtschaft.

Auf der anderen Seite kann der ernsthafte Gegensatz zu den USA Auslöser für längst überfällige Veränderungen sein. Dazu gehören:

- die Gleichheit aller vor dem Gesetz,
- die Rechenschaftspflicht der Macht auf allen Ebenen gegenüber den Bürgern,
- die Beseitigung der künstlichen Entwicklungshindernisse für das nationale Business,
- die prioritäre Entwicklung des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, von Wissenschaft, der Technik und von Innovationen,
- die Formierung – auf der Grundlage eines gleichberechtigten Dialogs – eines nationalen Konsenses über die wichtigsten Fragen der Entwicklung des Landes und seiner Politik in der internationalen Arena.

Zur Änderung des Wirtschafts- und Verwaltungsmodells Russlands ist eine Umformierung der herrschenden Elite erforderlich, die im wesentlichen Maße nicht den nationalen Interessen, sondern den begrenzten korporativen und persönlichen Interessen dient. Es sind die Bedingungen zu schaffen für die Meritokratie innerhalb der herrschenden Schichten und die Gleichheit der rechtlichen Beziehungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft als ganzer. Dies kann im Prinzip von oben nach unten durchgeführt werden, unter Erhaltung der Verwaltbarkeit und ohne das Land der Gefahr einer Destabilisierung auszusetzen. Wenn der politische Wille für

³ <http://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2015/12/10/620365-plan-v>



eine Umformierung nicht reicht, wie er bei den letzten Romanow-Zaren nicht reichte, kann eine scharfe außenpolitische Krise – wie vor hundert Jahren – nicht nur den Einsturz des Systems provozieren, sondern des Landes.

Kudrin im Streit mit Putin

Am 28. Dezember 2015 prognostizierte der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin, dass Russland die Talsohle noch nicht durchschritten habe.⁴ Grund dafür seien das Fehlen von Wachstumsfaktoren und die Unwilligkeit der Regierung, Reformen durchzuführen. Hinzu käme der negative Einfluss von „Sanktionskriegen“ Russlands mit anderen Ländern.

Mit seiner Position begab sich Kudrin in offenen Widerspruch zu den Aussagen Putins auf seiner jährlichen großen Pressekonferenz mit der russischen Bevölkerung vom 17. Dezember 2015.⁵ Noch vor kurzer Zeit erwarteten viele Experten, so auch er selbst, wie Kudrin sagte, dass der Höhepunkt der Krise erreicht worden sei. Aber nun sei ein ernstes Problem hinzugekommen, der starke Rückgang des Ölpreises. „Wenn der Preis auf diesem Niveau noch ein halbes oder ein Jahr bleibt, erwartet uns die Fortsetzung des Wirtschaftsabfalls“, so Kudrin.

Russische Medien spekulierten am 30. Dezember 2015 über eine mögliche Rückkehr Kudrins in die Regierung als Erster Stellvertretender Premier, denn die Regierung reagiere sehr langsam auf krisenhafte Entwicklungen, oder als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration mit der Zuständigkeit Wirtschaft.⁶ Tatsächlich wolle Kudrin nicht in die Wirtschaft, sondern in die Politik.

Das Jahr 2016 bringe Russland ernsthafte Herausforderungen. Die Staatseinnahmen sinken und damit auch die Ausgaben. „Die Deflation des Rubels hat sich in voller Kraft noch nicht auf die Verbraucherpreisen übertragen, die Inflation wird ungefähr um 1,5 % höher ausfallen als die offizielle Prognose von 6,4 %.“

Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew hatte in einem Interview am 6. Dezember 2015 erklärt, dass die ökonomische Situation Russlands so schlecht sei, dass eine wirtschaftliche Erholung in den kommenden fünf bis zehn Jahren nicht abzusehen sei.⁷ In seinem Interview vom 30. Dezember 2015 bezeichnete Uljukajew die wirtschaftliche Situation in Russland als „ernst“. ⁸ „Der starke Rückgang ist vorbei, aber leider gibt es keinen starken Anstieg.“ Es gebe ernsthafte Schwankungen der Rohstoff- und Finanzmärkte. Die russische Wirtschaft bleibe anfällig und übermäßig abhängig von Rohstoffen. Uljukajew speulierte für die zweite Jahreshälfte von 2016 auf einen Ölpreis von 50 \$ pro Barrel. Die Auswirkungen der Sanktionen gingen praktisch gegen Null.

Putins Bericht zur Lage der Nation

Am 3. Dezember 2015 erstattete Präsident Waldimir Putin zum zwölften Mal der Föderalversammlung (Staatsduma und Föderationsrat), der Regierung, den föderalen Gerichten, dem Gouverneurskorps, den regionalen Parlamentsvorsitzenden und den Spitzen der russischen Gesellschaft seinen jährlichen Bericht zur Lage der

⁴ http://www.ng.ru/economics/2015-12-29/1_kudrin.html

⁵ <http://kremlin.ru/events/president/news/47250>

⁶ <http://echo.msk.ru/news/1685788-echo.html>, http://www.ng.ru/editorial/2015-12-30/1_otredaktora.html

⁷ <http://www.vedomosti.ru/economics/characters/2015/12/07/619874-nichego-rvem-zamorazhivanie>

⁸ <http://www.kp.ru/daily/26476/3346338/>



Nation.⁹ Putin legte vor über tausend Zuhörern im Georgs-Saal des Kremlpalastes den Akzent diesmal nicht auf die Außenpolitik.

Rechtspolitik

Putin forderte die Staatsanwaltschaft und die Rechtsschutzorgane auf, den Hinweisen der Organisation „Volksfront“, die der Machtpartei „Einiges Russland“ nahesteht, nachzugehen, wonach staatliche und kommunale Angestellte vorhaben, mit Firmen ihrer Verwandten, ihrer Freunde und denen nahestehenden Personen Verträge abzuschließen, mit denen eigene Interessen verfolgt werden, so dass es zu Interessenkollisionen kommen kann.

Er verlangte von der Staatsduma, den Vorschlag des Obersten Gerichts zu unterstützen, einige Artikel des Strafgesetzbuches zu entkriminalisieren und die dort genannten Straftaten, die keine große Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellen, in Ordnungswidrigkeiten zu verwandeln mit der Einschränkung, dass sie im Falle der Wiederholung wieder zu Straftaten werden.

Um die Unabhängigkeit und Objektivität des Gerichtsverfahrens zu verbessern **sowie** das Geschworenengericht zu reformieren, **sollen** die Fälle, die das Geschworenengericht zu behandeln hat, erweitert werden. Außerdem soll die Anzahl der Geschworenen, die bei einer Verhandlung anwesend sein müssen, von zwölf auf fünf oder sieben verkleinert werden, da es nicht immer leicht **sei**, alle zwölf Geschworene zusammenzubekommen.

Wirtschaftspolitik

Die wirtschaftliche Situation bezeichnete der Präsident als „wirklich schwierig“, aber nicht als kritisch. Er stellte positive Trends fest: Die Industrieproduktion und der Wechselkurs hätten sich stabilisiert. Die Inflation sei – im Vergleich zu 2014 – niedriger, und es sei weniger Kapital abgeflossen. Putin kündigte folgende notwendige fünf Schlüsselentwicklungen an:

1. Änderung der Wirtschaftsstruktur;
2. finanzielle Förderprogramme für das Bauwesen, die Automobilindustrie, die Leichtindustrie und die Eisenbahnmaschinenbauindustrie;
3. finanzielle Unterstützung von Personen mit geringem Einkommen;
4. einen ausgeglichenen Staatshaushalt. Der Haushalt von 2016 darf das Defizit von 3 % nicht überschreiten.
5. Stärkung des Vertrauens zwischen der Staatsmacht und dem Business zur Verbesserung des Geschäftsklimas im Lande.

In diesem Zusammenhang berichtete Putin, dass im Jahr 2014 fast 200.000 Strafverfahren in Wirtschaftsangelegenheiten eingeleitet worden **seien**, von denen nur 15 % mit einem Schuldspruch endeten. 83 % der für schuldig gesprochenen Unternehmer verloren ganz oder teilweise ihr Unternehmen. Dies zerstöre das Geschäftsklima. Der Präsident beauftragte die Ermittlungsbehörden und die Staatsanwaltschaft, diesem Problem ihre besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Haft sollte das letzte Mittel sein, das in diesem

⁹ <http://kremlin.ru/events/president/news/50864>



Zusammenhang eingesetzt wird. Die Zahlung von Kaution und die Verhängung von Hausarrest wären stattdessen zu nutzen.

Dann ging Putin auf die Amnestie für Kapital ein, das nach Russland zurückkehrt. Die Amnestiefrist soll um ein halbes Jahr verlängert werden. Entsprechende Konsultationen sollen mit der Wirtschaft, dem Obersten Gericht und den Strafverfolgungsbehörden geführt werden.

Zur Importsubstitution schlug Putin vor, den Industrieentwicklungsfonds 2016 mit 20 Mrd. Rubel (250 Mio. €) zu kapitalisieren. Denjenigen, die in die Importsubstitution investieren, garantierte Putin stabile steuerliche und sonstige Rahmenbedingungen. Er schlug den Abschluss von Anlageverträgen vor, und die Regionen bekommen das Recht, die Steuersätze bei denjenigen auf null zu setzen. Wenn die Regionen auf diese Weise ihre ökonomische Basis verbessern, sollen die föderalen Subventionen, die sie erhalten, nicht gekürzt werden.

Putin schlug die Gründung einer Agentur für technologische Entwicklung vor, welche die Unternehmen bei der Erwerbung von in- und ausländischen Lizenzen für Ingenieurdienstleistungen unterstützt. Der Landwirtschaft gab er die Zielvorgabe, bis zum Jahr 2020 nicht nur den russischen Binnenmarkt abzudecken, sondern sie soll Russland zum größten internationalen Lieferanten gesunder, hochwertiger und ökologisch sauberer Agrarprodukte machen. 2014 exportierte Russland landwirtschaftliche Erzeugnisse für 20 Mrd. \$, das ist viermal mehr als durch den Rüstungsexport erwirtschaftet wurde oder ein Drittel des Gewinns aus dem Export von Gas.

Putin möchte den E-Commerce ausbauen. Russische Waren sollen auf diesem Wege in die ganze Welt geliefert werden. Und Russland ist an einer breit gefächerten Zusammenarbeit mit internationalen Geschäftspartnern interessiert.

Zivilgesellschaft

Der Präsident schlug ein spezielles Programm zur Unterstützung von NGOs in kleinen Städten und in Dörfern vor. Die NGOs, die sich als tadellose Partner des Staates erwiesen haben, erhalten laut Putin eine Reihe von Privilegien und Präferenzen. Es sei richtig, wenn NGOs etappenweise bis zu 10 % der Mittel für regionale und kommunale soziale Programme erhalten, damit sie an den sozialen Dienstleistungen teilnehmen können, die aus den Budgets finanziert werden. Putin bat die Leiter der Regionen und Kommunen, die NGOs in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Auf den Ernst der Lage in Russland kann vielleicht aus dem Aufruf zur Geschlossenheit geschlossen werden, trotz unterschiedlicher politischer Ansichten angesichts der Staatsumwahl 2016 fest zusammenzustehen. Gestützt auf ein Karamsin-Zitat mahnte Putin: „Die Hauptsache für uns ist Russland.“ Putin zitierte am Ende seines Lageberichts den russischen Chemiker Dmitrij Medelejew, der vor hundert Jahren gesagt hatte „Vereinzelt vernichtet man uns sofort. Unsere Kraft liegt in der Einheit, in der militärischen Kraft, im natürlichen Wachstum unseres inneren Reichtums und unserer Friedlichkeit.“ Putin weiter: „Wir müssen unsere Geschlossenheit wahren, uns erinnern, dass die Hauptsache für uns Russland ist.“ Offensichtlich befürchtet Putin ein schleichendes Auseinanderdriften der Eliten.

Umsetzung

Am 8. Dezember 2015 unterzeichnete Putin eine Liste von 23 Anweisungen zur Durchführung seiner Jahresbotschaft.¹⁰ Diese Anweisungen richten sich an die Regierung, an die Präsidentschaftsadministration sowie an das

¹⁰ <http://kremlin.ru/events/president/news/50899>



Oberste Gericht und enthalten jeweils Termine für die Umsetzung, die vom 23. Dezember 2015 bis 1. Juli 2016 reichen.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Dezember 2015 Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 80 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider